



Präsentation des Verfassungsschutzberichts 2011: BVT-Direktor Peter Gridling, Innenministerin Johanna Mikl-Leitner.

„Keine ernsthafte Bedrohung“

Rechtsextremismus und Linksextremismus bewegen sich in Österreich im internationalen Vergleich auf einem niedrigen Niveau. Akute Gefahr für die demokratische Grundordnung geht von ihnen keine aus. Die größte Gefährdung liegt im gewaltbereiten transnationalen salafistischen Dschihadismus.

Der islamistisch motivierte Extremismus und Terrorismus ist weiterhin die größte Gefahr für die Sicherheit Europas und Österreichs“, sagte Innenministerin Mag. Johanna Mikl-Leitner bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2011 am 5. August 2011 in Wien. Ein Merkmal dieser Entwicklung ist laut Verfassungsschutzbericht die Etablierung einer „Home-grown“-Szene, die vor allem aus jungen Muslimen der Einwanderergeneration und aus zum Islam konvertierten Personen besteht. Auch Österreich ist von einer solchen Radikalisierung betroffen.

„Besorgniserregend ist, dass junge Österreicher bereit sind, sich in Trainingslagern zu Terroristen ausbilden zu lassen“, betonte die Ministerin und verwies auf das geplante Anti-Terror-Paket 2011, mit dem eine weitere gesetzliche Grundlage für eine effizientere Terrorismusprävention und -bekämpfung geschaffen werden soll. Unter anderem soll es eine technische Aufrüstung für die Terrorbekämpfung geben, der Dialog mit der islamischen Glaubensgemeinschaft soll intensiviert wer-

den, mit einer Änderung im SPG soll die Vorfeldanalyse effizienter werden und im Strafrecht soll ein neuer Tatbestand eingeführt werden, mit dem bereits die Anleitung zur Begehung eines Terrorakts, das Auffordern bzw. Gutheißen des Terrors und das Hetzen durch Hassprediger unter Strafe gestellt werden. Die Gefahrenerforschung soll früher ansetzen und auf Einzeltäter ausgeweitet werden. „Wir brauchen eine schärfere Gesetzgebung, damit wir rechtzeitig Gefahren abwehren können und nicht erst dann eingreifen dürfen, wenn schon etwas passiert ist“, forderte Mikl-Leitner. „Extremismus und Terrorismus sind für Österreich keine ernsthafte Bedrohung“, sagte Mag. Peter Gridling, Direktor des Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT). „Aber es gibt in allen Bereichen Straftaten.“

Rechtsextremismus. 2010 wurden 580 rechtsextremistisch, fremdenfeindlich, antisemitisch oder islamophob motivierte Taten registriert; im Jahr davor waren es 453. Aus den Tathandlungen resultierten 1.040 Anzeigen an die

Staatsanwaltschaft, um 31 Prozent mehr als 2009 (791 Anzeigen). 522 Anzeigen (2009: 396) betrafen das Verbotsgesetz, 79 (33) den Tatbestand der Verhetzung (§ 283 StGB), 20 (40) das Abzeichengesetz und 39 (69) den Verwaltungsstraftatbestand nach Art. III Abs. 1 Z. 4 EGVG.

Linksextremismus. Die linksextreme Szene in Österreich umfasst Organisationen mit marxistisch-leninistischer und trotzkistischer Ideologie sowie autonom-anarchistische Gruppierungen. Die Zahl der Angehörigen dieser Gruppen ist gering. Zudem kommt es zu einer Entideologisierung – hin zu einer „Erlebniskultur“ bei Demonstrationen und Protesten. Österreichweit wurden im vergangenen Jahr 340 Anzeigen wegen linksextremistisch motivierter Tathandlungen erstattet, darunter 180 Anzeigen wegen Sachbeschädigung, vier wegen Brandstiftung, 36 wegen Körperverletzung, zehn wegen Landfriedensbruch, 17 wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und vier wegen tätlichen Angriffs auf einen Beamten. 2010 erfolgte eine Umstellung der Er-

FOTO: EGON WEISSHEIMER

fassung linksextremistischer Tathandlungen, um Unschärfen zu vermeiden. Ein Vergleich mit dem Jahr 2009 ist daher nicht aussagekräftig.

Militante Tierrechtsgruppen. 2010 wurden 31 Taten registriert, die militanten Tierrechtsgruppen zugerechnet werden. 2009, dem Jahr, in dem einige militanten Aktivisten In Untersuchungshaft kamen, waren es nur drei. 2008 wurden 36 Handlungen registriert.

Nachrichtendienste und Spionageabwehr. Österreich ist laut Verfassungsschutzbericht nach wie vor nicht nur ein „internationaler nachrichtendienstlicher Umschlagplatz“ sondern auch Ziel nachrichtendienstlicher Ausspähung und Beeinflussung. In Botschaften, Konsulaten, Vertretungen internationaler Organisationen und halb-offiziellen Einrichtungen gibt es eine hohe Zahl von Vertretern ausländischer Nachrichtendienste. Die nachrichtendienstliche Tätigkeit bewegt sich oft in einem strafrechtlichen Vorfeld. Die Bedeutung der technisch-wissenschaftlichen Ausspähung nimmt zu und damit auch das Auskundschaften von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen. In diesem Bereich sind nicht nur fremde Nachrichtendienste tätig, sondern auch ausländische Konkurrenzunternehmen.

Proliferation. Ein wichtiger Arbeitsbereich des BVT ist die Verhinderung der Weiterverbreitung von Technologien zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen und von Waffenträgersystemen. Das BVT arbeitet in diesem Bereich mit anderen Ministerien und der Wirtschaft zusammen. Laut Verfassungsschutzbericht zählen aus österreichischer Sicht insbesondere der Iran und Nordkorea zu den proliferationsrelevanten Staaten.

Der Verfassungsschutzbericht 2011 gibt einen Überblick über die wichtigsten Gefahrenquellen und Entwicklungen in staatschutzrelevanten Bereichen wie Terrorismus, Extremismus, illegaler Waffenhandel, Proliferation und Aktivitäten ausländischer Nachrichtendienste im Jahr 2010. Erfasst wurden auch die Bereiche Personen- und Objektschutz, staatschutzrelevante Drohungen, Schutz vor elektronischen Angriffen und deliktischem Verhalten im Internet sowie der Schutz von Kernmaterial.

SCHWEISSROBOTERSYSTEME **igm**
WELTWEIT



www.igm.at

BILANZ
BUCHHALTER 
der Kammer der Wirtschaftstreuhänder

Mag. Sabine RAMERT
Vermögensstreuhänderin - Unternehmensberaterin
Selbständige Buchhalterin (SBH) –
Bilanzbuchhalterin (SBB)

Friedensgasse 2, 2201 Gerasdorf bei Wien
Tel.: 02246/2167, Fax: 02246/2167 DW 76
E-Mail: office@ramert.net

INSTALLATEUR

j u d a
GmbH

BAD | GAS | WASSER | HEIZUNG

1100 Wien, Raxstraße 22 • Telefon 616 43 32 • www.juda.at